

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig,  
Haben & Comp., Nr. 20614.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:  
Gebr. Arnold, Dresden.

**Abzugspreis** einschließlich Frangierlohn monatlich 6,00 M., durch die Post  
monatlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich  
8,50 M. Einzelnummer 80 Pf.  
**Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

**Schriftleitung:** Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.  
Erscheinung nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
**Geschäftsstelle:** Wettinerplatz 10. Tel. 26 201.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr nachm.

**Anzeigenpreis:** die 9 gefaltete Anzeigenzeile 3,00 M., Familienanzeigen  
1,50 M., die 9 gefaltete Reklamazeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Er-  
mäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur  
Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beleglieferung 30 Pf.

Nr. 175

Dresden, Sonnabend den 31. Juli 1920

31. Jahrg.

## Die Forderungen der Arbeitslosen

Am Freitag früh 10 Uhr wurde die Forderungskommission des Ortsausschusses Dresden des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Erwerbslosenrates vom Minister Heldt und Herrn Regierungsrat B. Schunkle empfangen.

Herr Minister Heldt, als Vertreter des Ortsausschusses, unterbreitete dem Minister die Forderungen der Erwerbslosen. Die Befristung der Erwerbslosenunterstützung sei infolge der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht durchführbar. Es komme in Betracht, daß ein wesentlicher Teil der jetzigen Erwerbslosen bereits im vorigen Jahre mehrere Monate erwerbslos war und nun infolge der jetzigen Krise erneut der Erwerbslosigkeit preisgegeben ist. Die Erwerbslosen haben kein Vertrauen zu der Durchführung der Ausführungsbestimmungen, die bereits vom sächsischen Arbeitsministerium herausgegeben sind, weil ein Teil der Erwerbslosen bereits im Besitze einer Unterweisung ist, aus der hervorgeht, daß die Zahlung der Erwerbslosenunterstützung eingestellt wird. Es müsse bei der Behandlung der Frage in Betracht gezogen werden, daß ein Teil der Erwerbslosen infolge der ungenügenden Einrichtung der Arbeitsvermittlung beim Zentralarbeitsnachweis bedeutend länger erwerbslos ist, da die Vermittlung im Zentralarbeitsnachweis nicht von dem Gesichtspunkte der Dauer der Erwerbslosigkeit geleitet wird. Infolgedessen sei ein Teil der Erwerbslosen monatlang unbeschäftigt arbeitslos, die nun Grund der reichsgesetzlichen Bestimmungen aus der Erwerbslosenunterstützung ausgeschlossen sind.

Herr Minister Heldt erklärte, daß er die Erregung der Erwerbslosen verstehe, daß sie bereits durch die Ausführungsbestimmungen zu dem Reichsgesetz die Bestimmung der Befristung gemindert. Er habe auch Anweisung gegeben, daß die Fälle in der lokalsten Weise geprüft würden. Es bestehe keine Möglichkeit für das sächsische Ministerium, die Befristung außer Kraft zu setzen. Er sei aber bereit, in dieser Hinsicht beim Reichsministerium vorstellig zu werden, damit die Befristung der Erwerbslosenunterstützung ausgesetzt werden könne. Er sei in den Reichsstellen nicht das nötige Verständnis für die besondere Lage der Erwerbslosen im industriellen Bereich vorhanden, auch würden die diesbezüglichen Anträge und Wünsche des sächsischen Ministeriums bei Verhandlungen mit den Reichsstellen von den Vertretern der anderen Staaten mit Ausnahme von Hamburg nicht unterstützt. Im Etat seien allein 155 Mill. M. für die Erwerbslosenunterstützung eingestellt, das sächsische Ministerium habe den Reichsbehörden bereits einen andern Verteilungsschlüssel unterbreitet, weil Sachsen nicht in der Lage sei, diese ungeheuren Kosten zu tragen. Der Minister erklärte weiter, daß er sich nicht wiederholt mit dem Reichsministerium in Verbindung setzen habe, um die besondere Beschaffungsbefristung für die Erwerbslosen zu erreichen. Bis jetzt sei ein diesbezüglicher Bescheid von Berlin nicht eingegangen. Er ist aber bereit, sofort noch einmal telegraphisch in dieser Beziehung nach Berlin zu wenden.

In der weiteren Aussprache wurden die unzulässigen Zustände in der Arbeitsvermittlung im Zentralarbeitsnachweis eingehend besprochen. Die Vertreter des Kartells erklärten sich bereit, in dieser Frage umgehend eine Verständigung mit der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion zu suchen, die Wege zu leiten, um aus dieser Beziehung eine Änderung herbeizuführen.

Anschließend an diese Verhandlung begab sich die Kommission nach dem neuen Rathaus, wo sie von Herrn Stadtrat Preßbrieh und Stadtrat Dr. Richter empfangen wurde. Auch hier unterbreitete die Kommission die Forderungen der Erwerbslosen. Vor allem wurde darauf hingewiesen, daß vom Kriegsfürsorgeamt bereits Maßnahmen getroffen worden sind, die zu den Ausführungsbestimmungen des sächsischen Arbeitsministeriums, betreffend die Befristung der Erwerbslosenunterstützung, in Widerspruch stehen.

Herr Stadtrat Preßbrieh erklärte das damit, daß die Ergänzungsverordnung des sächsischen Arbeitsministeriums zu dem Reichsgesetz sei. Das Kriegsfürsorgeamt hätte bereits Vorarbeiten zur Ausführung der Reichsverordnung treffen lassen, so daß es erklärlich sei, daß ein Teil der Anträge bereits in den Händen der in Betracht kommenden Personen sei. Die Unterstützung werde aber in den Fällen weiter gezahlt. In den Fällen, wo die Unterstützung nicht mehr gezahlt wird, könne das nur nach Prüfung des Falles bei der Kriegshauptmannschaft geschehen. Auch das Kriegsfürsorgeamt wird in der lokalsten Weise die Bestimmungen des sächsischen Arbeitsministeriums handhaben, entsprechend sind die Beschlüsse des paritätisch zusammengesetzten Ausschusses.

In weiteren wurde die Frage der Beschaffung von Wohnungen für die Erwerbslosen in Erwägung gezogen.

Es haben sich Schwierigkeiten in der Verteilung selbst ergeben, die nur dann gehoben werden können, wenn von Seiten des Rates Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit verbilligter Kohlenbezug für die Erwerbslosen möglich ist. Ueber die Frage der Kohlenverteilung werden noch einmal Verhandlungen geführt werden.

### Die Demonstration der Erwerbslosen

Heute vormittag fand die angekündigte Demonstration der Erwerbslosen statt. Sie ging gestern, wie wir in einem Teil der gestrigen Ausgabe schon meldeten, eine Besprechung einer Erwerbslosen mit dem Arbeitsminister voraus. Bei dieser Gelegenheit stellte sich heraus, daß ein großer Teil der Frauen und Beschwerden der Erwerbslosen aus den Mängeln und Fehlern in der Organisation der Arbeitsvermittlung, dem Zentralarbeitsnachweis, herkommt. Es werden namentlich die sozialistischen Stadtbewohner, da die Stadtbewohnerversammlung zur Zeit in den Ferien ist, noch in nächster Woche zusammenrufen, um ihrerseits gemeinsam mit dem Rat der Stadt zu versuchen, diejenigen Mängel abzustellen, unter denen die Erwerbslosen zur Zeit leiden.

Der heutige Demonstrationstag setzte sich 10,15 Uhr vom

Schützenplatz in Bewegung und zog ruhig und ohne den geringsten Zwischenfall durch die Admirely- und Wettinerstraße, über den Postplatz, Marienstraße, Ringstraße, Carolabrücke nach dem neuen Ministerium. Nach genauer Zählung beteiligten sich an dem Zuge rund 3000 Erwerbslose, denen sich 2000 Arbeitende zur Sympathieunterstützung angeschlossen. Die Beteiligung der Arbeitenden war demnach geringer, als es nach der vorausgegangenen Agitation für einen Sympathiestreit zu erwarten war. Auch im Sachsenplatz und bei der Firma Kelle u. Hildebrand, Petrichen, deren Arbeiterschaft dem Sympathiestreikgebot am nächsten steht, trotz voll gezeigter. Bei einer vorgenommenen Abstimmung haben sich 900 Arbeiter gegen und 600 Arbeiter für den Streik erklärt.

Im Demonstrationstreffen wurden Schilder mit Aufschriften mitgeführt, Plakate und Wünsche der Erwerbslosen, wie sie ihren Wortlaut nach von früheren Demonstrationen schon bekannt sind. Der Zug demonstrierte durch doppeltes Vorbeifahren am Ministerium. Am Ministerium des Innern sammelte sich die Menge an der Eingangstür und schaute sich bis an die Eingangstüren. Die Demonstranten warteten nun auf das Ergebnis der Verhandlungen einer Abordnung mit dem Arbeitsminister Heldt. Die Verhandlungen dürften sich aber längere Zeit hinziehen.

Der Schluß der Redaktion legen weitere Nachrichten nicht vor.

## Keine Hilfe für Polen

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 31. Juli. Gestern Abend fand eine Ministerkonferenz statt, in der die Ergebnisse der Konferenzen mit den Alliierten-Kommissionen besprochen wurden. Das amtliche französische Journal de Boulogne macht Ausführungen darüber, wie schwer eine baldige Unterstützung durch die Alliierten durchzuführen sei. Als einziger Weg blieb übrig, da aber wegen der wirtschaftlichen Inanspruchnahme der Flotte keine Linnegale zur Verfügung steht, muß man der polnischen Armee raten, mit aller Energie selbst durchzuhalten und aus eigener Kraft zu fliehen.

### Die Waffenstillstandsverhandlungen

Eigene Drahtmeldung

Paris, 31. Juli. Die erste Zusammenkunft der polnischen Bevollmächtigten mit den Bolschewiki zur Besprechung des Waffenstillstandes hat gestern Abend um 6 Uhr in Warschau stattgefunden.

Königsberg, 31. Juli. Wie nach hier berichtet wird, trafen die polnischen Parlamentäre nachmittags bei den russischen Vorposten ein. Sie wurden an der Chaussee nach Russisch-Litoff von den Russen in Empfang genommen und nach Boronowitschi gebracht, von wo sie im Automobil nach dem Stabsquartier des Generalstabschefs Tolstoloff fuhr. Um 7 Uhr trafen sie dort ein und überreichten ihre Vollmachten. Die erste offizielle Besprechung der Unterhändler, bei der die Bedingungen des Waffenstillstandes bekanntgegeben werden, wird Sonnabend vormittag stattfinden.

Basel, 31. Juli. Die Regierung hat aus Warschau den ersten Bericht der französischen Mission erhalten, aus dem hervorgeht, daß es sehr schwer sei, mit dem Präsidenten Pilsudski zu verhandeln, weil er die Lage nicht so sehen will, wie sie ihm General Biegand sagte. Daher haben die Alliiertenmissionen den Polen geraten, wohl den Waffenstillstand zu unterzeichnen, sich aber nicht zu beeilen, in politische Verhandlungen mit der Sowjetregierung einzulassen.

### Die Zweite Internationale

Eigene Drahtmeldung

Genf, 31. Juli. Der Kongress der zweiten Internationale ist heute morgen eröffnet worden. Die deutsche Delegation, aus 35 Mitgliedern bestehend, ist mit Otto Hue an der Spitze in Genf eingetroffen. Etwa 150 Delegierte der verschiedenen Länder nehmen teil, und zwar aus England 28, aus Frankreich 11, aus den Niederlanden 5, aus Polen 7 und aus Belgien 9, sowie 14 schwedische, 12 deutsche, 22 belgische und 8 schweizerische Delegierte.

### Streik im Hirschfelder Kraftwerk

Witten, 31. Juli. Für heute mittag ist von den Unabhängigen eine Versammlung einberufen worden, bei der die gestrigen Vorgänge besprochen werden sollen. Im Zusammenhang mit diesen Unruhen haben die Arbeiter des Hirschfelder Kraftwerkes heute den Betrieb eingestellt. Da das Hirschfelder Kraftwerk seit die ganze Oberlausitz mit Kraft versorgt, sind die Betriebe der Oberlausitz gezwungen, zu feiern. Die Hirschfelder Arbeiter haben beschlossen, zur heutigen Versammlung in Witten in geschlossener Menge zu erscheinen.

### Politischer Woyd in Irland

London, 30. Juli. Der in Dublin ermordete Abgeordnete Charles Ross war Direktor der Nationalbank. Er war nach Westland gekommen, um an einer Versammlung der Direktoren der Dubliner Südbank teilzunehmen, deren Vorsitzender er ist.

Er wurde in der Nähe des Sitzungssaales von drei mit Revolvern bewaffneten Männern erschossen.

London, 31. Juli. An verschiedenen Punkten des westlichen und südlichen Irlands wurden Angriffe angeführt. Die Einwohner haben in der vergangenen Nacht das technische Institut von Dummer in Brand gesetzt.

### Die Heimreise der Tschecho-Slowaken

Berlin, 30. Juli. Das Reichswehrministerium teilt mit: Die aus Sibirien über Amerika kommenden und in Hamburg gelandeten Truppen der Tschecho-Slowaken werden im Einverständnis aller Reichsbehörden durch Deutschland nach der Tschecho-Slowakei befördert. Die Transporte sind demnach nicht „geheim“ und nicht „verdächtig“. Da entsprechend dem Interesse mit dem Vertreter der Tschecho-Slowaken getroffenen Abmachungen den Transporten noch vor ihrer Abreise in Hamburg alle Waffen und Munition abgenommen und diese in besonderen, plombierten Wagen befördert werden können, war eine Entwaffnung unterwegs nicht mehr möglich. Eine telegraphische Anordnung des Reichswehrministeriums in diesem Sinne ist daher auch niemals ergangen. Vom Reichswehrministerium ist lediglich am 20. Juli Abends ein telephonischer Befehl ergangen, daß die Transporte, da ihre Durchführung durch Sachverständige nach Wodensbach bei den tschechischen Eisenbahnbetriebsstellen auf Überlandstrecke von Halle über Weipolitz, Saalfeld, Hainberg, Regensburg weiter nach Richtung Wien umzuleiten seien. Sie sind heute nach an die Tschecho-Slowakei übergeben worden. Nach dem gleichfalls schon vor mehreren Monaten mit der Tschecho-Slowakei getroffenen Abmachungen treffen am heutigen Tage zwei weitere Dampfer mit rund 6000 tschechisch-slowakischen Soldaten bei Schleierade in Hamburg ein. Ihre Weiterleitung ist durch Deutschland in gleicher Weise wie bei den früheren Transporten in Aussicht genommen.

### Keine Verschiebung der oberchlesischen Abstimmung

Der Oberchlesische Konvent berichtet, die Pariser Besprechungskonferenz habe beschlossen, daß dem polnischen Wunsch, den Abstimmungstag für Oberschlesien um drei Monate zu verschieben, nicht Folge geleistet wird. Die Befristung der Abstimmungstermine soll unumittelbar beibehalten werden.

### Sturm auf die belgische Kammer

Während der Landtagssitzung drang vorgestern morgen ein Demonstrationszug Kriegsbeschädigter in das Kammergebäude in Brüssel und verlor die Versammlung zu verhindern. Die Kammergebäude richtete sich in erster Linie gegen den Minister für die Landesberufung Dausse. Die Kriegsbeschädigten hatten die Wasserkommissionen überhäufig und waren durch die Fenster in das Gebäude eingedrungen. Am Sitzungssaal der Kammer kam es zu Schlägereien mit den Abgeordneten. Nach Verlauf etwa einer Stunde zogen sich die Demonstranten wieder zurück. Nachmittags gegen 5 Uhr war auch auf den Straßen die Ruhe wieder hergestellt.

Anschließend der Vorkommisse fand ein Ministerrat statt, bei dem eine Entschuldigungsannahme, in der gesagt wird, daß Grund vorliege, ein Strafverfahren gegen „Das Vaterland“, das Blatt der Frontpartei, einzuleiten. Der Ministerrat ermächtigte gleichzeitig den Generalstaatsanwalt und den Staatsanwalt des Königs, sofortige Maßnahmen zur Einleitung des Strafverfahrens zu treffen. Das Kammergebäude wurde durch ein befestigtes Truppenaufgebot besetzt, um ähnlichen Zwischenfällen für die Zukunft vorzubeugen.

Das Vaterland hatte die Frontkämpfer zu dieser Kammerung aufgefordert. Die Manifestanten verlangten, daß jedem einzelnen von ihnen eine gewisse Entschädigungsumme ausbezahlt würde. Trotz dem Bürgermeister Verbot, stehen zu bleiben oder sich zusammenzusetzen, versuchten sich gestern von neuem mehrere hundert Gruppen ehemaliger Kriegsteilnehmer, um zu demonstrieren. Da sie sich weigerten, auseinanderzugehen, schritt die Gendarmerie ein und ließ die Menge auseinander.